

# Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2010

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

bei dem ersten Überblick über die Zahlen, weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll.

Lachen, weil die Zahlen besser sind, als erwartet oder weinen, weil immer noch kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist.

Beratungen zum Haushalt bedeuten immer, den Spagat zwischen Sparen und Weiterentwicklung der Gemeinde zu finden. Für uns heißt dies, mit den Bürgern die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Ziel ist die Nutzung örtlicher Zukunftspotentiale, durch transparente Kommunikation und langfristiges Engagement.

Unterteilt sind diese Themen in: Arbeitsplatzangebot  
Schulangebot  
Kindergartenangebot  
Einkaufsmöglichkeiten  
Medizinische Versorgung  
Freizeitangebot

Hinzu kommt, durch die immer älter werdenden Menschen, eine bedarfsgerechte Verkehrsanbindung, besonders durch den öffentlichen Personennahverkehr.

## Zum Arbeitsplatzangebot:

Die Unterstützung bestehender Gewerbebetriebe besteht für uns vorwiegend in der Ausweisung von Erweiterungsflächen in Flächen- und Bebauungsplänen. Für Neuansiedlungen halten wir Grundstücke im Gewerbepark Elsenroth vor. Auftragsvergaben an Handwerk und Dienstleister müssen, noch stärker als in der Vergangenheit, an Betriebe aus der Gemeinde Nümbrecht vergeben werden. Betriebe mit ausreichender Auftragslage werden auch bereit sein, Ausbildungsplätze für unsere Jugendlichen anzubieten. Die Anbindung der Betriebe an Breitbandinternet ist heutzutage eine Grundvoraussetzung, deshalb lautet unsere Forderung, diese Technik schnellstmöglich in der Gemeinde flächendeckend zu installieren. Im neu gegründeten Ausschuss für Gemeindeentwicklung muss das Thema Wirtschaftsförderung oberste Priorität haben und in der Verwaltung erwarten wir vom Bürgermeister,

dass er dies zur Chefsache macht.

## Zum Schulangebot:

Unsere Kinder stehen für die Sicherung unserer Zukunft.

Daher ist es unsere Verpflichtung, ihnen beste Voraussetzungen und optimale Lernbedingungen zu schaffen die sie unterstützen, das notwendige Wissen zu erlangen.

Die Grundschulen in Nümbrecht, Gaderoth, Grötzenberg und Marienberghausen bilden die Grundlage. Die Landesverfassung und das Schulgesetz fordern von unseren Grundschulen die umfassende, individuelle Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, der sozialen Verhaltensweisen, sowie der musischen und praktischen Fähigkeiten der Kinder. Außerdem soll die Grundlage für die weitere Schullaufbahn geschaffen werden.

Die CDU-Fraktion fordert daher die Überprüfung der derzeitigen Rahmenbedingungen für die Arbeit unserer Grundschulen.

Das gilt insbesondere für die dringend erforderliche Anpassung der räumlichen Situation in der Grundschule Marienberghausen.

Die Wichtigkeit der Grundschulen macht sich bei der Verteilung der Finanzmittel aus dem Konjunkturpaket II bemerkbar, die überwiegend in die Standorte Grötzenberg und Marienberghausen fließen.

Bei den weiterführenden Schulen macht uns die Hauptschule Sorgen. Trotz eines hervorragenden Angebotes sind die Anmeldezahlen gering; hier macht sich das Totreden der Vergangenheit bemerkbar. Realschule und Gymnasium werden mit dem Schuljahresbeginn 2010/2011 jahrgangsweise den Ganztagsunterricht einführen. Nach den zum Teil heftigen Diskussionen der Vergangenheit über den Ganztag sind die Anmeldezahlen bei der Realschule stabil. Im Verhältnis zu anderen Realschulen in Nachbargemeinden sogar besser und beim Gymnasium bedeutend höher als erwartet, so dass ein vierter Zug eingerichtet werden muss.

Für die Auszeichnung mit dem Berufswahl-Siegel, ausgehend vom Netzwerk der Bertelsmann-Stiftung, einen herzlichen Glückwunsch an das Gymnasium.

Der benötigte Raumbedarf für den Ganztag kann im bestehenden Gebäude gedeckt werden, auch wenn es in der Übergangsphase Engpässe geben wird. Für die Versorgung über Mittag

baut die Gemeinde zurzeit eine Mensa. Die Kosten sind mit 1,1 Mio. € kalkuliert, inkl. einem Zuschuss des Landes in Höhe von 300.000 €.

Insgesamt sind im Haushalt

ca. 2,5 Mio. € für Schulträgeraufgaben angesetzt. Eine enorme Summe, die aber zu vertreten ist, wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht.

Mit der Gründung eines Jugendparlaments wollen wir, mehr noch als in der Vergangenheit, Gedanken und Wünsche der jungen Generation in unsere Planungen mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren, zur Schule noch eine

grundsätzliche Bemerkung: die Gesamtschule, versteckt unter dem Begriff Einheitsschule, ist für die CDU – Fraktion in Nümbrecht kein Thema, es verunsichert nur die bestehenden Schulen.

### Zu den Kindergärten:

Die Kindergärten in der Gemeinde Nümbrecht werden von sozialen Trägern geführt. Plätze sind ausreichend vorhanden, allerdings nur auf die Gesamtgemeinde bezogen. Regional kommt es auch zu Engpässen, die leider nur durch die Mobilität der Eltern zu lösen ist.

Der Ausbau der Plätze für unter Dreijährige findet unsere volle Unterstützung. Die benötigten Finanzmittel müssen aber auch die tragen, die diesen Beschluss gefasst haben und nicht wie in der Vergangenheit, auf die Kommunen abwälzen.

### Zu den Einkaufsmöglichkeiten:

Die Grundversorgung mit Lebensmitteln wird durch Aldi und Rewe XL gewährleistet. Hier stellt

sich die Frage, verträgt Nümbrecht noch einen weiteren Markt, die Kaufkraft wäre da und Konkurrenz belebt nicht nur das Geschäft, sondern wird auch Einfluss auf die Preisgestaltung haben. Nach dem Umzug von Aldi in den Neubau auf dem Bechler-Grundstück wird auf der jetzigen Verkaufsfläche mit dem DM-Drogeriemarkt die Angebotspalette im Wettbewerb zu Schlecker enorm erweitert. Eine große Lücke besteht im Angebot Bekleidung und Schuhe, dies wurde auch 2002 bei einer Bürgerbefragung bemängelt, ohne das sich bis heute etwas verbessert hätte. Einen Bau- und Heimwerkermarkt werden wir in Nümbrecht so schnell nicht bekommen, aber Haushaltswaren müssten auch hier angeboten werden ebenso wie Sportartikel.

### Zu der medizinischen Versorgung:

Die hausärztliche Versorgung ist zurzeit noch gut.

Zu befürchten ist aber, dass die Nachfolge in vielen Praxen, trotz einer Prämie vom Land, nicht gefunden wird.

Wir bitten den Bürgermeister, sich dieser Thematik anzunehmen, ebenso der Ansiedlung von Fachärzten wie HNO, Orthopäde, Haut- und Augenarzt.

Wichtig ist uns auch die Sicherung des Krankenhausstandortes Waldbröl.

Die Verlegung des Rettungsdienstes von Elsenroth nach Nümbrecht wird für viele Teile der Gemeinde eine Verbesserung darstellen, da die Wege kürzer werden.

## Zu den Freizeitangeboten:

Kultur und Sport werden in unserer Gemeinde fast ausschließlich von Vereinen angeboten, die damit ein breites Spektrum für unsere Bürger und Gäste bereit halten und gleichzeitig den Gemeindehaushalt stark entlasten.

Nachdem wir in der Vergangenheit unser Hallenbad „Element“ mit Sponsorengeldern saniert haben, steht dieses Jahr die Sanierung der alten Sporthalle auf dem Programm.

Möglich ist das auch nur durch Fördermittel aus dem Konjunkturpaket I. Die Baumaßnahme wird ca. ein Jahr betragen. Wir hoffen, dass für diese Zeit mit den betroffenen Vereinen eine verträgliche Regelung vereinbart wird.

Ein weiteres freiwilliges Engagement einiger Bürger ist die Tätigkeit in unserer Feuerwehr. Sie übernehmen damit eine Pflichtaufgabe der Gemeinde. Besonders bei einer Extremsituation, wie in diesem Winter, ist die Hilfe der Frauen und Männer nicht hoch genug einzustufen. Deshalb auch von uns einen ganz besonderer Dank. Berücksichtigung findet das auch im Haushalt mit dem Ansatz für Ausrüstung und Fahrzeugen.

Nach dem die CDU – Nümbrecht vor vier Jahren, mit der Einführung des Bürgerpreises für ehrenamtliches Engagement, erstmals Bürger mit einer Auszeichnung gewürdigt hat, ist nun im neuen Rat ein Ausschuss eingerichtet worden, der sich intensiv mit dieser Thematik beschäftigt.

Bedanken möchten wir uns beim Heimatverein Nümbrecht, der mit seiner Arbeit und der Erstellung der Heimat-Klänge den Bürgern Kultur und Geschichte der Gemeinde näher bringt.

## Zum ÖPNV ( Öffentlicher Personen Nahverkehr )

Bei einer Befragung der Bürger in den Außenorten wurden folgende Verbesserungen verlangt:

- 1) Erhöhung der Taktfrequenz
- 2) Erhöhung der Fahrfrequenz am Wochenende
- 3) Verbesserungen der Busverbindungen nach 18 Uhr

Wir bitten den Bürgermeister, durch Gespräche mit dem Verkehrsträger OVAG eine Verbesserung zu erzielen.

Sehr gut kommt in den Außenorten der Bürgerbus an. Die Leistung, die Bürger hier ehrenamtlich erbringen, erkennen wir nicht nur mit lobenden Worten an, sondern unterstützen sie auch mit dem Erlös unseres CDU - Standes auf dem Weihnachtsmarkt.

Bei einigen dieser Handlungsfelder benötigen wir die Mithilfe unserer Bürger. Aber vieles muss auch die Gemeinde leisten. Sei es durch eigenen Willen oder auch durch Gesetze und Verordnungen von Bund und Land.

Kommunen sollen Kinder betreuen und für Sicherheit sorgen, Schulen sanieren und Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort garantieren.

Die Finanzmisere wird allseits anerkannt; nur diese Anerkennung nützt uns nichts. Über eine Gemeindefinanzreform wird seit Jahren diskutiert, aber geschehen ist bis heute nichts. Entweder bekommen die Gemeinden mehr Geld oder aber sie müssen von Pflichtaufgaben befreit werden. Ein Teil der Gemeinden haben ihre Ausgleichsrücklage schon aufgebraucht oder werden dies in Kürze tun. Und dann?

Kommunale Selbstbestimmung, wie sie in der Verfassung steht, ist unter den gegebenen Umständen nicht mehr möglich.

Die Finanzierung von Landschaftsverband und Kreis muss umgestellt werden. Durch die Umlage ihrer Kosten auf die Gemeinden belasten sie die Schwächsten. Dass 49% unserer Einnahmen durch Umlagen abfließen ist nicht hinnehmbar. Dazu gehört auch der Fond Deutsche Einheit, der die Gemeinde jährlich mit 500.000 € belastet. Seit der Einheit also mit rund 10 Mio. € ohne Zinsen, das macht über die Hälfte unserer Verschuldung aus. Geld fehlt uns an allen Ecken und Enden, zum Beispiel bei der Unterhaltung von Gebäuden, vor allem aber bei der Beseitigung von Schäden an Gemeindestraßen und Wirtschaftswegen nach dem extremen Winter, trotz der Aufstockung des Haushaltsansatzes um 200.000 € auf 355.000 €.

Mit dem CDU Antrag zum Kauf von Straßenbaumaschinen für den Bauhof, wollen wir die Möglichkeit schaffen, eigenständig mehr Straßen in einen besseren Zustand zu bringen.

Zu unserer Überraschung konnte in der Finanzrechnung 2009 der Kassenkredit um 500.000 € reduziert werden. Hauptursache war hier eine Gewerbesteuernachzahlung, bedingt dadurch, dass unsere Betriebe in der Wirtschaftskrise nicht so von Maschinenbau- und Kfz-Gewerbe abhängig sind. 2010 schließt der Haushaltsentwurf mit einem Defizit von rund 4,5 Mio. € ab, was bedeutet, unsere Ausgleichsrücklage ist bis auf einen Restbetrag von 250.000 € aufgebraucht. Selbst in der Finanzplanung bis 2014 ist kein Haushaltsausgleich zu erwarten. Das bedeutet, dass nicht der Rat der Gemeinde Nümbrecht, sondern die Kommunalaufsicht die Geschicke der Gemeinde bestimmt. Wenn wir heute den Haushalt beschließen, verbinden

wir es mit der Bitte, die Kommunalaufsicht möge die Ansätze im Haushalt, zur Entwicklung der Gemeinde Nümbrecht mittragen und genehmigen.

Ein wichtiger Punkt bei den Aufwendungen sind die Personalkosten, sie betragen 11,31% der Gesamteinnahmen. Vergleichen wir uns mit den weiteren 12 Gemeinden im Kreis, so ist der nächste bei 14,17% und der höchste bei 21,38%, im Durchschnitt ist die Aufwendung für Personal 17,00%.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen zeigen, dass die Beschlüsse des Rates in der Vergangenheit richtig waren.

Die anfallenden Arbeiten in der Verwaltung wurden, trotz Verringerung des Personal, zu unserer Zufriedenheit ausgeführt.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses für Ihre geleistete Arbeit. Herr Bürgermeister, ich bitte Sie, dies auch im Haus zu übermitteln.

Ein wichtiger Teil im Haushalt ist der Steuer- und Gebührenbereich.

Die Empfehlung des Bürgermeisters, die Gemeindesteuern nicht zu erhöhen, findet unsere volle Unterstützung.

Ob Betriebe mit der Gewerbesteuer, Hauseigentümer mit der Grundsteuer B und die Landwirtschaft mit der Grundsteuer A sind schon genug belastet.

Gebührenerhöhungen bei Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Winterdienst, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind nicht vorgesehen.

Bei der Umstellung, der Abwassergebühren, mit der separaten Erfassung des Oberflächenwassers, auf Grundlage eines Urteils des Obergerichtes, hat es bei vielen Betroffenen Probleme gegeben. Wir erwarten von den hierfür zuständigen Gemeindewerken, dass sie mit den Bürgern eine verträgliche Lösung finden, sei es mit einer Neuberechnung oder aber mit Stundung bei einer Neuberechnung.

Was auf Hauseigentümer in Zukunft zukommt, steht in der Wasserrahmenrichtlinie des Landes, welches die Gemeinde in ihre Abwasserbeseitigungssatzung aufnehmen muss, dass bis 2015 alle Leitungen auf privaten Grundstücken, auf Dichtigkeit zu überprüfen sind. Grundlage dieser Verordnung ist ein Erlass der Europäischen Union.

Da aber in der Union alle Bürger gleichbehandelt werden sollen, sind wir der Meinung, unsere Satzung zum Thema Selbstüberwachungsverordnung - Kanal erst dann zu ergänzen, wenn dies auch in anderen Staaten wie Spanien, Portugal und Griechenland in nationales Recht umgesetzt wird. Notfalls sind wir auch bereit, den Rechtsweg bis vor den europäischen Gerichtshof zu beschreiten.

Unsere Bürger zahlen schon sehr hohe Gebühren für ein Kanalnetz der Klärstufe 3, obwohl in vielen Staaten der EU die Klärstufe 1 noch nicht ausgebaut ist.

Ich habe die Gemeindewerke angesprochen, die für unsere Bürger Strom, Wasser und die Abwasserentsorgung anbieten. Mit der Übernahme des Gasnetzes sind wir ein Stück weiter auf dem Weg der Rundumversorgung, die uns unabhängig von den monopolistischen Großversorgern macht. Bei dem Ausbau von regenerativen Energien sind die Gemeindewerke ein kompetenter Partner. Mit dem Einbau von Blockheizkraftwerken in Schwimmhalle und Parkhotel, so wie dem Bau einer Nahwärmestation im Musterdorf Büschhof sind richtungweisende Schritte eingeleitet, die mit der Erstellung von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden fortgesetzt werden.

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, sie haben mit dem Haushalt 2010 ein Werk vorgelegt, dass trotz der prekären Finanzsituation der Gemeinde Wege aufzeigt, die begonnene Entwicklung zum Wohle unserer Bürger weiter zu führen. Wir möchten uns hierfür recht herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren,  
die CDU – Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Lothar Rohsiepe

Fraktionsvorsitzender